

Info links

Ausgabe 1
30. Januar 2003

15. Februar '03
Anti-Kriegs-
Demonstration
ab 12 Uhr, Alexanderplatz



© M. Große

Schwarze „Glücksbringer“ werden nicht reichen, um die PDS wieder voranzubringen.

PDS Lichtenberg ordnete ihre Reihen neu

Damit die PDS aus der Krise findet und auf Bundesebene wieder als alternative Kraft wahrgenommen wird, die gestalten will und das auch kann, braucht es mehr als die oben abgebildeten Schornsteinfeger. Und es braucht mehr als die zwei noch im Bundestag verbliebenen rührigen Politikerinnen der PDS Gesine Löttsch und Petra Pau.

Darin waren sich die am 25. Januar zur 2. Hauptversammlung der Lichtenberger PDS zusammengekommenen knapp 160 Delegierten einig. Die Tagung hatte die Aufgabe, einen neuen Bezirksvorstand zu wählen und diesem auf der Grundlage einer Bewertung der gesellschaftlichen Umbrüche in der Welt sowie der Ursachen der schweren Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen im September vergangenen Jahres Handlungsempfehlungen mit auf den Weg zu geben. Dazu wurden eine „Politische Erklärung“ sowie ein effektivere Arbeitsstrukturen anstrebender Antrag diskutiert und beschlossen.

In ihren Reden äußerten sich die Delegierten besorgt über den Kriegskurs der Bush-Regierung gegenüber dem Irak. Einmütig forderten sie dazu auf, alles dafür zu tun, einen Krieg zu verhindern und sich auf friedliche Mittel der internationalen Streitbeilegung zu besinnen.

Engagiert stritten die Delegierten darum, was die gegenwärtige Entwicklung in der Welt prägt, und welche Antworten die PDS darauf geben kann. Sie erörterten konzeptionelle und Handlungsdefizite der PDS. Im

Bezirk sollen durch eine intensive bürger-nahe Kommunalpolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die PDS verlorengangenes Vertrauen zurückgewinnen kann.

Es geht vor allem um mehr Demokratie, mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung. Die PDS Lichtenberg negiert nicht die schwere Wirtschafts- und Finanzlage Berlins. Sie will aber bei allem Realismus nicht auf eigenständige Lösungsansätze und Ansprüche verzichten. Sie wird den Konflikt mit der rot-roten Landespolitik nicht suchen, aber offen und konsequent für gerechte Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eintreten. Das schließt Protest und Widerstand ein, wenn dagegen verstoßen wird. Das von der PDS initiierte Bürgerbegehren für den Erhalt von Tierpark und Zoo ist dafür ein Beispiel, das auf großes Zustimmung stößt.

Gewählt bzw. wiedergewählt wurden Gesine Löttsch als Vorsitzende, Michael Stadler als Stellvertretender Vorsitzender sowie als Mitglieder Christa Geyer, Michael Grunst, Christine Hempel, Jens Hubald, Bernd Ihme, Katrin Kluger, Michael Meister, Michael Otto, Wolfgang Schmidt, Steffi Schulze, Jürgen Steinbrück, Inge Uessler und Katja Zöllig. „Lichtenberg muss eine PDS-Hochburg bleiben“, hat sich der neue Vorstand vorgenommen. Dazu braucht er vor allem unser aller Unterstützung.

Kein Krieg. Nirgends!

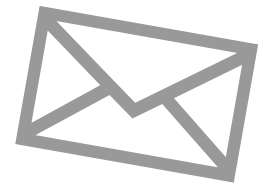
von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Frankreich und Deutschland feierten vierzig Jahre Elysée-Vertrag. In beiden Parlamenten wurde debattiert, Jugendliche trafen sich, diskutierten über die gemeinsame Zukunft. Höhepunkt war eine gemeinsame Sitzung von Bundestag und Nationalversammlung im Schloss von Versailles. Ich war sehr froh, dass Gerhard Schröder und Jacques Chirac sich klar und eindeutig gegen einen Krieg ausgesprochen haben. Der Beifall war fast einhellig. Mir fiel auf, wie schwer Abgeordneten der CDU das Applaudieren fiel. Chirac betonte, dass Krieg immer das Scheitern von Politik sei. Die Macht Europa müsse sich deutlich in den Friedensdienst stellen.

US-Minister Rumsfeld erklärte dazu, dass Europa nicht nur aus Frankreich und Deutschland bestünde. Diese wären das alte Europa – im neuen hätten die USA mehr Freunde und Verbündete. Gemeint waren vor allem die neuen NATO-Mitglieder.

75 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik sind strikt gegen einen Irak-Krieg. Getroffen wird immer die Zivilbevölkerung. Saddam Hussein hat unter dem Golfkrieg 1991 kaum gelitten, die Menschen im Irak aber umso schrecklicher. Sollte es zu einem Krieg kommen, wird er nicht nur in der Region Tod und Vernichtung bringen, sondern weltweit Brände auslösen. Spätestens seit dem 11. September ist klar: Terroristische Anschläge sind das wirksamste Mittel, um die westliche Welt zu treffen. Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, dass sie strikt gegen einen Krieg ist. Damit hat sie die Wahlen noch einmal knapp für sich entschieden. Aber was ist mit indirekter Unterstützung wie Überflugrechten oder Bewachung amerikanischer Militärstützpunkte in Deutschland durch Bundeswehrsoldaten?

Friedrich Schorlemmer sprach davon, dass die Bundesregierung „Unterstützungsdruck“ brauche, um bei ihren Positionen zu bleiben. Darum ist es so wichtig, dass möglichst viele Menschen an der Friedensdemo am 15. Februar in Berlin teilnehmen.



Erinnerungen wühlen auf

Zwei ehemalige polnische Zwangsarbeiterinnen besuchten die Stätten ihrer Leiden.

Laura Wolnicka war 16 und Maria Jankowska 19 Jahre alt, als sie im Oktober 1944 das brennende Warschau verlassen mussten. Die faschistischen Besatzer hatten den Warschauer Aufstand blutig niedergeschlagen. Die Zivilbevölkerung wurde vertrieben, und die Häuser wurden niedergebrannt. Für Laura und Maria bedeutete das zunächst einen ganztägigen Fußmarsch nach Pruszkow in ein Durchgangslager. Dort wurden beide als arbeitsfähig eingestuft und zur Zwangsarbeit nach Deutschland geschickt. Ein Eisenbahntransport brachte sie nach Berlin.

In den Deutschen Pyrotechnischen Fabriken, Werk Malchow, mussten sie ihre Fronarbeit verrichten. Sie erhielten Arbeitskleidung und Holzschuhe. Auf dem großen Fabrikgelände standen einzelne Pavillons, in denen jeweils eine Gruppe arbeitete. Jeder Pavillon stand für einen bestimmten Produktionsabschnitt. Das Endprodukt waren Leuchtraketen.

Die Arbeit war schwer und gesundheitsschädlich. Laura Wolnicka erinnert sich: „Entgegen den Vorschriften, ich war noch minderjährig, musste ich auch in Nachtschichten arbeiten. Ich hätte eigentlich



Foto: info links

Laura Wolnicka und Maria Jankowska besichtigen bei ihrem Besuch in Malchow die Stätte ihrer Zwangsarbeit

Milch bekommen sollen. Ich bekam aber keine. Die Nächte waren furchtbar. Ich schlief ein, wenn ich die Raketen in eine übelriechende Flüssigkeit tauchen musste, die bei mir Kopfschmerzen und Erbrechen auslöste. Mir war immer schlecht, auch dann, wenn ich nach der Arbeit in der Baracke war. In der Nacht kamen Kontrollen. Die Konsequenzen waren sehr unangenehm, wenn einer der Arbeiter bei einem Nickerchen erwischt wurde. Es gab einen Meister. Er konnte zuschlagen. Mit ihm hatte ich häufig Auseinandersetzungen.“

Beide berichteten über den gesundheitsschädlichen farbigen Staub, einem Bestandteil der Leuchtraketenproduktion, der Kleidung, Unterwäsche, Körper und Haare violett färbte. Er drang in Nase und Hals ein. Hinzu kam der ewige Hunger. Aus Berlin wurde das Mittagessen, Pellkartoffeln, meist verfault, für die Zwangsarbeiter nach Malchow geliefert. Dazu gab es aus einer großen Suppenkelle eine braune Flüssigkeit als Soße.

Laura Wolnicka und Maria Jankowska wurden wie viele andere ihrer Landsleute menschenunwürdig behandelt und gedemütigt. Nach 58 Jahren kamen beide wieder nach Berlin als Ehrengäste des Bezirksbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „Meine besten Jahre verbrachte ich in Unfreiheit“, die noch bis zum 30. April 2003 in der Anna-Seghers-Bibliothek im Linden-Center in Hohenschönhausen zu sehen ist.

Erinnerungen wühlen auf. Beide waren tief bewegt, als sie das Gelände der ehemaligen Pyrotechnischen Fabrik in Malchow besuchten, einzelne Stationen ihrer Fronarbeit noch einmal durchlebten. Schüler der Oskar-Schindler-Oberschule, die heute so alt sind, wie Laura und Maria damals waren, als sie nach Deutschland verschleppt wurden, trafen sich mit den beiden, um viel über ihr Erleben zu erfahren, aber auch darüber, wie sie sich eine friedliche Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen heute vorstellen. *Dr. Daniela Fuchs*

Mit Entsetzen Scherz treiben

„Desert Storm“ – Wüstensturm – nannte sich ein Renner unter den Sylvesterfeuerwerken, die bundesweit in den Kaufhallen, Drogerien und Papiergeschäften angeboten wurden. 81 Sekunden lang sollte Rakete auf Rakete eindrucksvoll am Himmel explodieren ...

Die den Raketensatz abfeuerten – ob die wohl an den Irak gedacht haben? Und ob sich die Herstellerfirma grämt, weil sie mit Spielzeug-Raketen zwar gut, aber nicht so viel verdient, wie sie mit kriegstauglichen Geschossen gewinnen könnte? *M.W.*

Trau schau wem

Dieser Tage wurde berichtet, Kultursenator Thomas Flierl von der PDS halte Studiengebühren in Berlin für denkbar. Alle, die ich dazu ansprach, glaubten diese Meldung unbesehen. In der rot-roten Koalitionsvereinbarung steht es freilich anders.

Bisher aber gab es weder von Flierl noch von maßgeblicher Landes-PDS-Seite ein

energisches: „Studiengebühren – mit uns nicht!“ Da hatte doch Heidi Knake-Werner auf der Landesbasiskonferenz der Berliner PDS im Dezember darüber geklagt, dass den PDS-Senatoren politisch nahezu jede Schlechtigkeit zugetraut wird. Stimmt! Sie hat dabei nur vergessen zu fragen, ob daran vielleicht das Verhalten der Senatoren Schuld sei. *-kl-*

Beispielhafte Spender

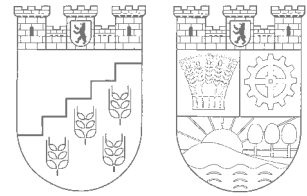
Noch keine zwei Wochen war das neue Jahr alt, da traf ich die Familie Lonscher aus Karlshorst. Sie sind keine Mitglieder der PDS, und die gegenwärtige Verfasstheit und Politik der Demokratischen Sozialisten auf Bundes- und Berliner Ebene löst nicht gerade Begeisterung bei ihnen aus. Trotzdem wurde ich gefragt: „Du brauchst doch sicher wieder Geld für Deine Zeitung? Damit ihr nicht ganz aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet!“ Bevor ich eifrig nicken konnte, hatte ich schon 10 Euro in der Hand. Wenn jedes Lichtenberger PDS-Mitglied 10 Euro für seine Zeitung spenden

würde, wären die Druckkosten für 2003 gedeckt. Ich sage öffentlich: „Danke, Familie Lonscher“, und hoffe auf zahlreiche „Nachahmungstätter“. *Martin Walter*

Der PDS ins Stammbuch

zu Wolfram Friedersdorffs „Bilanz und Ausblick“ in „info links“ 10/2002

Dr. Friedersdorff spricht vielen aus dem Herzen mit seiner Feststellung, dass sich PDS-Politik in Abstimmung, aber auch in Kontroversen zwischen Landesverband, Fraktion und Regierung entwickeln müsse. Die Ursache dafür, dass dies in Berlin nicht funktioniert, sieht er u.a. darin, dass der Vorsitz von Landesverband und Abgeordnetenhausfraktion personell nicht getrennt sind. „Je früher eine Trennung von LV- und Fraktionsvorsitz, um so besser für dieses Funktionieren.“ Vielleicht sollte der Bezirksvorstand Lichtenberg diese „info links“ mal Stefan Liebich zur Kenntnis geben. Auf dessen Meinung wäre nicht nur ich gespannt. *N. Retlaw*



Die „Neue“

Christina Emmrich ist seit dem 18. Dezember 2002 Bürgermeisterin von Lichtenberg.

■ **info links:** Der neuen Bürgermeisterin vor allem unseren herzlichen Glückwunsch! War es schwer, ja zu sagen? In diesem Amt ist man in der heutigen Berliner Situation nicht zu beneiden.

■ **Christina Emmrich:** Gegenfrage: Wer wird heute schon in einem Amt beneidet? Meine Tätigkeit als Geschäftsführerin aufzugeben und Bezirksstadträtin zu werden, war mir schwerer gefallen.

Wolfram Friedersdorff hat trotz der Berliner Finanzkrise ein geordnetes Haus hinterlassen. Der Bezirkshaushalt 2003 ist unter Dach und Fach, ein Bibliotheksentwicklungsplan zum Beispiel auch. Es wird einen Nachtragshaushalt geben, und das Jahr begann mit einer Haushaltssperre. Aber das ist nichts Neues, damit müssen die Berliner Bezirke seit Jahren leben. Es gibt eine solide Zusammenarbeit des Bezirksamtes mit Unternehmen, mit Bildungsträgern und Kultureinrichtungen, mit Verbänden und Vereinen. Das Wichtigste aber ist das gute Arbeitsklima im Bezirksamt, sowohl zwischen den Stadträten als auch das Verhältnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Selbstverständlich gibt es Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen, aber die werden sachlich ausdiskutiert. Es gibt keine Beleidigungen, kein „Mobbing“. Und wenn eine Entscheidung getroffen ist, wird gearbeitet.

■ **info links:** Deine Wahl in der BVV ist knapp ausgefallen...

■ **Christina Emmrich:** Dass die Verordneten der CDU und der SPD gegen eine PDS-Bürgermeisterin stimmen würden, war zu erwarten. Und was die Neinstimmen oder Enthaltungen aus unserer Fraktion betrifft, so hätte wahrscheinlich dieser oder jener der Herren der Schöpfung lieber einen Bürgermeister als eine Bürgermeisterin gehabt. Aber das ist vorbei, gewählt ist gewählt.

■ **info links:** Welche Perspektive siehst du für die Entwicklung Lichtenbergs?

■ **Christina Emmrich:** Das Bezirksamt kann die Entwicklung der Wirtschaft und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen nur begrenzt beeinflussen. Ich hatte nach meiner Wahl dazu ein Gespräch mit dem Wirtschaftskreis. Auch der Neujahrsempfang des Bezirksamtes bestätigte, dass Unternehmen und Verbände an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert sind. Leistungen auf sozialem und kulturellem Gebiet werden in hohem Maße von freien Trägern erbracht. Darüber hinaus gibt es vielfältige Verbindungen untereinander: Kiez-

beiräte, Bürgervereine, Kirchengemeinden, das Soziale Forum und andere Formen.

■ **info links:** „Freie Träger“ – hier schlägt die Finanzmisere hart durch, sie müssen ihre Aufgaben mit immer weniger Mitteln erfüllen. Was kann das Bezirksamt tun?

■ **Christina Emmrich:** Da ist es gut, dass ich aus einem – erfolgreichen – Verein komme. Ich kenne die Probleme und kann helfen, damit umzugehen: beim Arbeitsamt, wenn es um die Sicherung der ABM- und SAM-Stellen geht, z. B. bei Anträgen auf Fördermittel für die Projekte. Die Leistun-



Foto: info links

Die neue Bezirksbürgermeisterin öffnet am Morgen des 12. Januar das Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten für die Luxemburg-Liebkecht-Ehrung

Bürgerbegehren

1000 Unterschriften zum Erhalt von Tierpark und Zoo sammelten Lichtenberger Schülerinnen an einem Wochenende. Die Mädchen aus der Ludwig-Erhard-Oberschule in Hohenschönhausen hatten bereits im vergangenen Jahr gemeinsam mit der PDS-Bezirksverordneten und Erstunterzeichnerin des Bürgerbegehrens Christel Schemel 300 Unterstützer gewonnen.

„Unser Ziel an diesem Wochenende waren 1000 Unterschriften, aber dass es wirklich so gut klappt, überrascht uns doch ein wenig“, sagte Christel Schemel.

Bis zum 25. Januar sind nach Auskunft des bezirklichen Wahlamtes 11974 gültige Unterschriften zusammengekommen. Mindestens 8907 Unterzeichner werden noch gebraucht!

Unterschriften nehmen die 14 amtlichen Auslagestellen des Bezirksamtes sowie die 6 sozio-kulturellen Zentren von Frankfurter Allee-Süd bis zum Nachbarschaftshaus am

gen für die Bevölkerung sollen erhalten bleiben. Und die Träger sollten ihre Angebote aufeinander abstimmen.

■ **info links:** Von mehreren Seiten, besonders von freien Trägern und Verbänden, habe ich freudige Zustimmung zu deiner Berufung gehört. Viele Menschen kennen dich. Wie kommt das?

■ **Christina Emmrich:** Als Stadträtin für Bildung, Jugend und Sport war ich soviel wie möglich „vor Ort“, habe mit den Verantwortlichen und den Mitarbeitern geredet und ihre Probleme schnell zu klären versucht. Nicht anders werde ich es als Bürgermeisterin halten. Ich suche den Kontakt zu den Bürgern: Beim Maifest am Obersee, beim Lichtermarkt am Rathaus, bei Kiezspaziergängen und vielen anderen Gelegenheiten bin ich immer dabei.

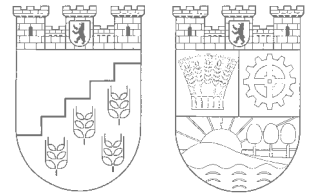
■ **info links:** Auch die rot-rote Koalition stellt den Bezirken immer weniger Geld zur Verfügung. Wie verhältst du dich zu den Genossen im Senat?

■ **Christina Emmrich:** Natürlich vertrete ich die Interessen des Bezirks. Im Rat der Bürgermeister sind wir uns darin einig: Nicht allem, was Senat und Abgeordnetenhaus beschließen, können die Bezirke zustimmen. Deshalb brauchen wir eine bessere Kommunikation mit „unseren“ Senatoren und der Abgeordnetenhausfraktion. Ich bin da guten Mutes. Von unserer Kommunalpolitik hängt letztlich die Akzeptanz der PDS im Bezirk ab, und wir haben uns immer bemüht, im Interesse der Bevölkerung zu handeln. So soll es bleiben.

Die Fragen stellte Inge Junginger

Berl entgegen. Unterschreiben kann man in den öffentlichen Bibliotheken des Bezirks, in Apotheken am Fennpfuhl und Roedeliusplatz sowie auf Listen, mit denen eine Reihe Bürger für die Erstunterzeichner und mit Zustimmung von Wohnungsunternehmen treppauf-treppab sammeln gehen. Vielleicht gibt es weitere Interessenten für die Auslegung von Listen. Dann kann es gelingen, bis zum Abschluss des Bürgerbegehrens am 5. März mindestens 19881 gültige Stimmen (gemäß § 40 Bezirksverwaltungsgesetzes 10 % der bei der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung amtlich ermittelten Zahl der Wahlberechtigten) gesammelt zu haben.

„Brutto liegen wahrscheinlich schon fast 20000 Unterschriften vor“, schätzt Christel Schemel. „Leider fallen mehrere tausend Stimmen für das bezirkliche Bürgerbegehren Lichtenberg nicht ins Gewicht, weil Bürger anderer Bezirke oder Besucher der Hauptstadt unterschrieben haben, die auch diese Initiative unterstützen wollen.“ J. P.



Über die Schultern geschaut

Die Suche nach neuen Wegen bei der Gestaltung des Bezirks, nach einer neuen Art des Zusammengehens von Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen und ortsgebundenen Initiativen mit dem Bezirksamt fordert das Wahlprogramm der PDS-Lichtenberg. Zum Jahresende 2002 berieten die Lichtenberger Stadtteilmanagerinnen mit der PDS-Fraktion über Anfangserfahrungen vor Ort und weitere Vorhaben (→ siehe <http://www.pds-lichtenberg.de/fraktion>) Einen Blick auf den „Spickzettel 2003“ gestattete uns:

■ Birgit Herlitze (H'hausen-Süd):

„Vernetzung der Ressourcen aller Akteure im Stadtteil. Schwerpunkt der Stadtteilarbeit ist mehr Transparenz und eine aktive Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen bis hin zur Bürgerkommune. Hier gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die geeignet sind, die persönliche Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu erhöhen.“

■ Sabine Pöhl (Lichtenberg-Süd):

„Nutzung und Mobilisierung des Bürger-Engagements zur Intensivierung des kulturellen bzw. gesellschaftlichen Lebens in den Ortsteilen Karlshorst und Rummelsburg; Neuauflage des Familienrenttages in Verbindung mit einem Ortsteilfest als Besuchermagnet für Einheimische und die, die es werden wollen; Sensibilisierung der Anwohner für den Erhalt und die Verbesserung ihres Wohnumfeldes.“

■ Claudia Schulz (Lichtenberg-Nord):

„In der Zukunftswerkstatt im Rahmen des Wettbewerbs „Stadtumbau Ost“ haben viele Akteure die Möglichkeit genutzt, ihre Ideen einzubringen. Nun gilt es, das daraus entstandene Integrierte Stadtentwicklungskonzept in ausgewählten Projekten umzusetzen. Das bürgerschaftliche Engagement darf auch in dieser Phase nicht „auf der Strecke bleiben“.“

Wie entwickelt sich Stadtteilarbeit in Alt-Lichtenberg (Sozialraum 18 und 19)? Welche Chancen und Potentiale hat das Gebiet, um beispielsweise das Hubertusbad wieder zugänglich zu machen, um es für Sport und Freizeit nutzen zu können? Wer kann hier Partner in der Entwicklung eines Konzeptes sein?“

■ Bettina Ulbrich (Lichtenberg-Mitte):

Sprechstunden – z. B. zu wichtigen Themen des Kiezes – in den Einrichtungen, d. h., stärkere Nutzung von bestehenden Strukturen (Kirchen, Seniorenfreizeitstätten, Mieterbeiräten u. a.); Anregung von Kiezfesten unter Beteiligung von gewerblichen, gemeinnützigen und öffentlichen Partnern; Unterstützung nachbarschaftlicher Einrichtungen und Initiativen ...

■ Bärbel Olhagary (H'hausen-Nord):

„Zwischen Malchow, Falkenberg, Wartenberger Feldmark und dem Plattenbau immer in Bewegung bleiben. Dabei zuhören, aufnehmen, umsetzen und vernetzen sowie öffentlich machen.“ Joachim Pampel

Die Stadtteilmanagerinnen Birgit Herlitze, Sabine Pöhl, Claudia Schulz, Bettina Ulbrich und Bärbel Olhagary (v. l. n. r.)



Foto: info links

Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

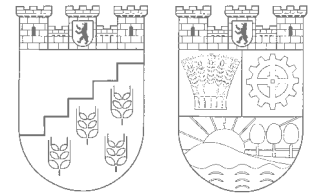
■ Einige der Bezirksverordneten der großen C-Partei reden, als ob sie nicht für Lichtenberger Probleme zuständig seien, sondern eher dafür, die Anwesenden auf BVV-Tagungen in unverbindlicher aber zeitraubender Rhetorik zu unterrichten. Bei der Schulentwicklungs-Debatte ganz besonders. Emotionen hochkochen als Ziel. Beifall ist ihnen natürlich gewiss. Aber Vorsicht: Redeten nicht gerade jene, deren Landesvertreter die Stadt und mit ihr auch die Schulen so nachhaltig in die Bredouille gebracht haben?

■ Der Fraktionsvorstand traf sich Ende des vergangenen Jahres mit den Vertretern des Fördervereins Schloss Hohenschönhausen. Die Damen und Herren des Fördervereins freuten sich, mit den PDS-Bezirksstadträten Lompscher und Prüfer sachliche und fachlich kompetente Partner zu haben. Mit ihnen ginge es nunmehr auch unter sehr schwierigen Bedingungen hoffnungsvoll zur Sache, meint der Förderverein.

■ Seit ich Geschäftsführer bin, und das sind nun schon an die sechs Jahre, hat es keinen solchen Betrieb im Fraktionszimmer gegeben wie seit Oktober. Täglich kommen Frauen, Männer, Alte, Junge und möchten für den Erhalt des Tierparks unterschreiben. Immer auch werden fragende, kritische und auch aufmunternde Worte gewechselt. Warum man bei der SPD und der CDU nicht unterschreiben könne, ist eine Frage, die wir bisher nicht beantworten konnten. Inzwischen hat sich aber der CDU-Fraktionsvorsitzende Unterschriftenlisten von uns geholt. Will sich die CDU nun doch an der Verwirklichung von Bürgerinteressen beteiligen?

IKEA-Filiale in Lichtenberg

Für die Fans des schwedischen Möbelhauses eine Freude – diese Pläne bekommen aber auch dem Arbeitsmarkt gut und Wege verkürzen sich. Neben den Planungen zu IKEA an der Landsberger Allee existieren weitere zur Entwicklung eines großflächigen Freizeit- und Fachmarktzentrums. Ein neues Raumordnungsverfahren soll mögliche Fehlentwicklungen ausschließen. Um eine frühzeitige Bürgerbeteiligung zu garantieren, macht das Stadtplanungsamt des Bezirksamtes in der Frankfurter Allee 187 (Haus 14.4) die Bebauungspläne öffentlich. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr der BVV unterstützt die Ansiedlung von IKEA. J. P.



Es stinkt nach Petroleum

von Jürgen Steinbrück, Mitglied der AG Friedenspolitik beim PDS-Landesvorstand Berlin

Etwa 300 Friedensfreunde aus der ganzen Bundesrepublik und sechs ausländische Delegationen hatten sich am 7. und 8. Dezember 2002 in Kassel zum 9. Friedenspolitische Ratschlag versammelt. Ihre Sorge galt der bevorstehenden Aggression der USA gegen den Irak. Daher die übergreifende Losung: „X Unterschriften – X Nein!“

Die Vertreter der Friedensorganisationen, der kirchlichen Bewegung „Pax Christi“, aus Friedensforschungseinrichtungen sowie Uni-Professoren oder linke Europa-abgeordnete wie Sylvia-Yvonne Kaufmann machten deutlich, dass es den USA und ihren Unterstützern, z. B. der rot-grünen Bundesregierung, kaum um Menschenrechte, nicht um die Entwaffnung des Irak oder um die Ablösung eines Diktators zugunsten einer demokratisch legitimierten Regierung geht, sondern in erster Linie um die großen Ölvorräte vor Ort.

„Geht etwas schief, geht etwas krumm, so stinkt es nach Petroleum“, könnte der Militäraufmarsch der USA überschrieben werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Gedanken hinweisen, der mir sehr interessant und einleuchtend erscheint. Einer der Teilnehmer stellte fest, dass es nicht darum gehen kann, eine UNO-Mandatierung des Krieges gegen den Irak zu fordern. Vor einer solchen Pervertierung muss die UNO als Organisation der Friedenssicherung auf dieser Erde geschützt werden. Es geht um „Keinen Krieg – nirgendwo!“. Den Kriegsbefürwortern muss auch die Ausrede der UNO-Genehmigung aus der Hand geschlagen werden. Kein Problem, keine Meinungsverschiedenheit zwischen Völkern und Staaten sind einen Waffengang wert. Leben ist zu kostbar, als dass es für Öl geopfert werden dürfte.

Die USA forcieren in diesen Tagen den Marsch in die Bereitstellungsräume für den Angriff. Noch ist ihr Schreckenspotential nicht in die günstigste und für die USA verlustärmste Position gebracht. Aber sie möchten losschlagen, bevor es in der Wüste für Mensch und Technik zu heiß wird.

Darum ruft der Friedenratschlag alle Kriegsgegner für eben diese Zeit auf, bereit zu sein für vielfältige Aktionen gegen den Krieg und die Beteiligung daran. Der 15. Februar 2003 soll europaweit als Aktionstag gegen den drohenden Irak-Krieg vorbereitet werden. **Nehmt alle teil an Aktionen für eine Welt ohne Krieg!**

Geben Roten Pfeffer dran!

Bildung einer Schauspielgruppe der PDS in Lichtenberg

Im Heft „Wahlkampfzeit ist Erntezeit“ der Reihe „Von BO zu BO“ wird angeregt, die Arbeit der Stände durch Auftritte einer Schauspielgruppe zu unterstützen. Aktuelle politische Themen sollen „aufgespießt“ werden, sozusagen ein linkes Straßenkabarett.

Dazu wollen wir bis Ende April eine Gruppe bilden, die aus Textern, Regisseuren, Darstellern und Organisatoren – weiblich wie männlich, PDS-Mitglieder wie Sympathisanten – besteht. Zum Texten kann man nie genug Leute haben. Alle übrigen Aufgaben sollen mindestens doppelt besetzt werden, damit bei Verhinderung eines Mitgliedes nicht die ganze Gruppe gelähmt wird. Wir brauchen also wenigstens acht Darstellerinnen und Darsteller.

Texter und Regisseure sollten fachliche Erfahrung haben. Die Darsteller können spiel- und sangesfreudige Laien, Schauspielerschüler oder ausgebildete Künstler sein. Einige von ihnen sollten ein geeignetes Instrument (Akkordeon, Gitarre) spielen und mitbringen können. Mit den Proben wird etwas Schauspielunterricht verbunden sein und mit den Auftritten die zugehörige Praxis! Zwei Organisatoren haben wir bereits, auch die Unterstützung einer namhaften Theaterwissenschaftlerin und des PDS-Bezirksvorstandes. Das wird sicher eine für alle Gewinn bringende Zusammenarbeit!

Meist werden die Stände an gleichen Tagen zu etwa gleichen Zeiten arbeiten. So

wird die Gruppe bis zu zehn Auftritte an einem Tag haben. Daher und weil das Publikum vorwiegend aus Leuten auf dem Weg zum oder vom Einkauf besteht, wird ein Auftritt nicht länger als zehn Minuten dauern. In dieser Zeit können vier bis sechs verschiedene „Nummern“ gebracht werden. Wegen der Aktualität und weil im Wahlkampf mehrere Auftritte am gleichen Ort im Wochenabstand stattfinden werden, müssen ständig einige Teile des Programms ausgetauscht werden können.

Die ersten Auftritte könnten im Juni stattfinden. Es ist daran gedacht, dass die Gruppe auch zu Anlässen auftritt, die ihre Mitglieder vorschlagen.

Ihren Namen wird sich die Gruppe letztlich selbst geben – Vorschläge sind bisher „Die roten Socken“, „Rotdorn-Stachel“ und „Roter Pfeffer“. Fest steht aber, was wir erreichen wollen: Aktuelle politische Themen satirisch-humorvoll (Humor kann ja so was von bissig sein!) und dadurch einprägsam behandeln, damit zum Nachdenken anregen und Sympathien für die PDS erwecken und stärken. Was wir jetzt brauchen und immer brauchen werden, ist eine möglichst breite Unterstützung:

- Wer möchte bei uns mitmachen oder kann andere dazu bewegen oder sie uns empfehlen?
- Wer macht Namensvorschläge?
- Wer möchte uns Fakten zur „Behandlung“ vorschlagen?

■ Offen für Hilfe aller Art sind die Organisatoren Horst Bischoff, Telefon: 929 1930, und Jens Hubald, Telefon: 0179-270 1266.

hobi

Blechernes

Einen fieser Trick der PDS entlarvte CDU-Fraktionsvorsitzender Ziolko jüngst in der BVV: Immer, wenn die PDS einen CDU-Antrag nicht gut ablehnen kann – z. B. den auf Ablehnung höherer Kita-Gebühren – will sie daraus einen Antrag aller Fraktionen machen. So will sie kaschieren, dass die CDU Urheber solch hehrer Absichten ist. Pfui, da sei die CDU vor!

Blech redet mitunter, wer keine Gelegenheit zur Polemik auslässt, sei sie noch so billig. Und wenn das dann noch – wie im Falle des CDU-Fraktionsvorsitzenden Ziolko – mit einer Stimme geschieht, die Assoziationen an den von ihm in der Januar-BVV-Sitzung zweimal erwähnten „Generalsekretär und Vorsitzenden des Staatsrates“ weckt, zeigen sich die Zuhörer entweder genervt oder voll Mitleid mit ihm, der es weder besser will noch kann. M.W.

Kiezbeiräte

Ein Scharnier zwischen Bürgern, Verwaltung, Politik und Wirtschaft sowie Dienstleistungen sollen sie sein – mittlerweile gibt es sechs dieser Kiezbeiräte mit recht unterschiedlichem Anspruch. Bald nach Gründung des „Kiezbeirates Gensinger Straße“ im März 2002 entstanden z. B. der „Beirat Lebensnetz“ im Wohngebiet rund um die Wartenberger- und Anna-Ebermann-Straße sowie der „Bürgerbeirat Konrad-Wolf-Straße“. Aber nicht jeder Vorschlag kann umgesetzt werden. So hat das Bezirksamt die Gestaltung des Gensinger Kiezes wegen fehlender Mittel erst einmal auf Eis gelegt. Dem Beirat gelang aber, eine Bücherlei für das Wohngebiet zu organisieren. Die Idee zur Nutzung der Galerie 100 als Ersatz für die geschlossene Mathilde-Jacob-Bibliothek und das Heimatmuseum wurde ebenfalls umgesetzt. J. P.



Halbzeit im Europäischen Verfassungskonvent

Seit Februar 2002 arbeitet der Europäische Konvent in Brüssel an einem Verfassungsvertrag für die EU. Vorgesehen ist, dass er Mitte nächsten Jahres zum Abschluss kommt und seine Arbeitsergebnisse dem Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni 2003 in Thessaloniki zur Bestätigung vorlegt.

Foto: info links



Unsere Autorin Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Mitglied des Europäischen Parlamentes

Im Mittelpunkt der ersten Konventsphase standen Debatten über die grundsätzlichen Aufgaben der Union. Es wurden zehn Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenstellungen gebildet, die ihre Ergebnisse bis Ende des Jahres dem Konventsplenium unterbreiten sollen. Daneben wurden Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von europäischen Jugendorganisationen in die Arbeiten des Konvents einbezogen.

Die Suche nach einem Konsens im Konvent ist außerordentlich schwierig, vertreten doch die einzelnen Konventsmitglieder die sehr verschiedenen, teils konträren europapolitischen Positionen ihrer Parteien bzw. Regierungen. Immerhin zeichnet sich eine deutliche Mehrheit dahingehend ab, die EU-Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag aufzunehmen und die darin verankerten Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU individuell einklagbar zu machen. Der längst überfällige Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird ebenfalls mehrheitlich unterstützt. Viele Konventsmitglieder wollen mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, um die EU im Zuge der Erweiterung handlungsfähig zu machen.

Der Rat soll nicht mehr geheim tagen, damit die Bürgerinnen und Bürger erkennen können, wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Nach dieser Maßgabe sollen auch die Gesetzgebungsverfahren vereinfacht werden. Es zeichnet sich allerdings ebenso ein Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab, was die Militarisierung der Europäischen Union beschleunigen dürfte. Diese Bestrebungen, das habe ich in den Beratungen der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ kritisch zum Ausdruck gebracht, laufen dem bisher weitgehend zivilen Charakter der europäischen Integration zuwider.

Ende Oktober legte Konventspräsident Giscard d'Estaing einen ersten Vorentwurf für den Verfassungsvertrag vor. Neben Zustimmung rief das Papier auch heftige Kritik im Konvent hervor: So sucht man in dem Entwurf vergeblich die bislang in Artikel 2 des EG-Vertrages verankerten Ziele Gleichstellung von Mann und Frau, Hebung von Lebenshaltung und Lebensqualität, Verbesserung der Umwelt, nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Völlig inakzeptabel ist zudem, dass dem Entwurf zufolge das Diskriminierungsverbot nur noch gegenüber Unionsbürgerinnen und -bürgern und nicht mehr, wie bisher, gegenüber jedermann gelten soll.

Im Sommer wurde das Bemühen des Konventspräsidiums erkennbar, die soziale Dimension der EU aus den Arbeiten des Konvents auszuklammern. Dies, obwohl Umfragen zufolge die Mehrzahl der Menschen in Europa gerade auf diesem Gebiet zukunftsweisende Lösungsvorschläge erwartet. Daher initiierten drei Konventsmitglieder – die belgische Sozialistin Anne van Lancker, der österreichische Grüne Johan-

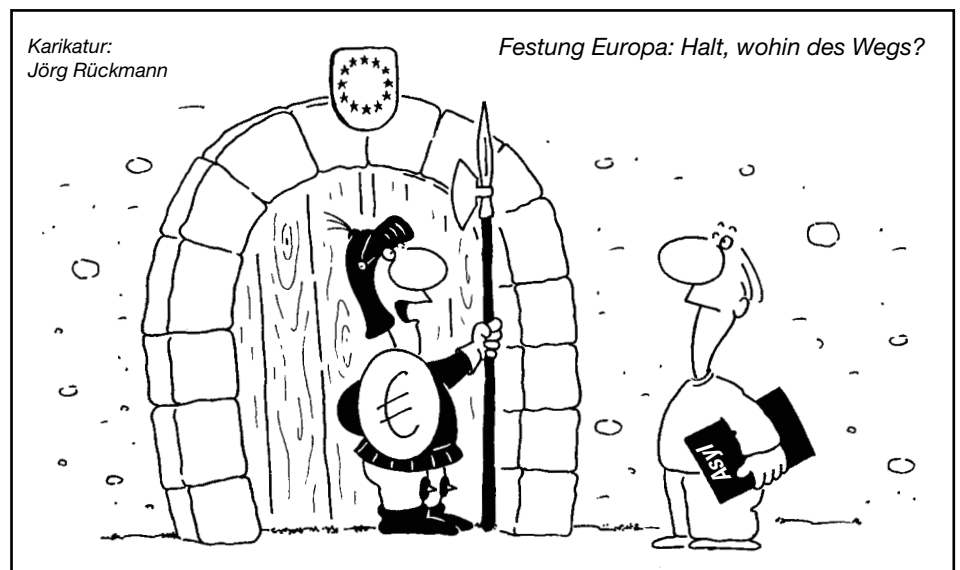
nes Voggenhuber und ich – einen Antrag, das „Soziale Europa“ auf die Tagesordnung des Konvents zu setzen und eine eigene Arbeitsgruppe dafür einzurichten.

Wir wiesen darauf hin, dass der Konvent seinen Auftrag verfehlen würde, wenn er sich ausschließlich mit institutionellen Fragen befasst und nicht die drängendsten gesellschaftspolitischen Probleme in der EU aufgreift. Aufgrund der breiten Unterstützung durch namhafte Konventsmitglieder und Europaabgeordnete sowie durch Gewerkschafter und zahlreiche europäische Organisationen und Verbände wurde unserem Antrag Anfang November schließlich stattgegeben, was als ein erster, wichtiger Erfolg gewertet werden kann.

Im Kern geht es uns darum, das europäische Sozialmodell unter Beachtung der unterschiedlich ausgeprägten Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu bewahren und weiter zu entwickeln. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzt und korrigiert werden. Das im deutschen Grundgesetz ebenso wie in anderen Verfassungen enthaltene Sozialstaatsprinzip gehört neben dem Ziel der Vollbeschäftigung in die künftige EU-Verfassung. Es wäre ein Durchbruch in der europäischen Politik, wenn auch diese Ziele endlich gleichberechtigten Verfassungsrang erhielten.

- **Informationen, Stellungnahmen und Beiträge** von Sylvia-Yvonne Kaufmann zu den laufenden Arbeiten des Konvents sind im Internet abrufbar unter: www.sylvia-yvonnekaufmann.de/konvent.html
- **Homepage:** <http://www.sylvia-yvonnekaufmann.de>. Abonnieren Sie dort meinen Newsletter oder tragen Sie sich in meinen Presseverteiler ein.

Sylvia-Yvonne Kaufmann



Es geht ums inhaltliche Profil

Die Hauptversammlung der PDS Berlin-Lichtenberg beschloss am 25. Januar 2003 eine Politische Erklärung. Ihr Wortlaut ist in der Geschäftsstelle erhältlich. Nachstehend die Kerngedanken des Dokuments, dessen Endredaktion bis zum Redaktionsschluss noch nicht erfolgen konnte:

I. In einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche werden bisherige Orientierungen und Maßstäbe den Anforderungen nicht mehr gerecht. Den Linken scheint es an überzeugenden Antworten auf die Fragen der Zeit zu fehlen.

In größter Sorge beobachten wir die Vorgänge um den Irak. Deshalb: Anti-Kriegs-Aktionen schon jetzt!

In dieser dramatischen gesellschaftspolitischen Situation ist aus dem Deutschen Bundestag mit der PDS-Fraktion eine deutliche Stimme gegen Krieg, für linke Alternativen und für Ost-Themen verschwunden. Und es besteht die ... Gefahr, dass die PDS durch ihre gegenwärtige Sprachlosigkeit bundespolitisch nicht mehr wahrgenommen wird.

II. Die PDS kaut an ihrer schweren Wahlniederlage. Auch in Lichtenberg konnte sie nur eines ihrer Ziele erreichen – das Direktmandat im Wahlkreis 87 zu gewinnen. Bundesweit stagniert die PDS bei 4 %, in Berlin bei 10 %, dem Niveau von 1990. Anders als 1998 gelang es der PDS nicht, Unentschlossene zu mobilisieren. Sie hat den niedrigsten Erstwähleranteil aller Parteien.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Der PDS wird nicht mehr zugetraut, realistische Alternativen zu entwickeln, eigene Konzepte umzusetzen und grundlegende Probleme von heute zu lösen. Allenfalls wird sie noch mit sozialer Gerechtigkeit in Zusammenhang gebracht.

Diese tiefe Krise bedroht die Existenz der Partei. Statt strategischer Neuorientierung fanden Polarisierungen, Unterstellungen und Schuldzuweisungen statt. Von der Partei-Basis ist das alles nicht nachvollziehbar ...

Damit die Partei ihre Schwächen überwindet und zu neuem Selbstbewusstsein findet, bedarf es der Tatkraft aller Mitglieder. Wir müssen auf Fragen und Probleme antworten, die die Menschen bewegen, nicht mit revolutionären Phrasen, sondern mit eindeutigen Aussagen und nachvollziehbaren Konzepten. Wir müssen gezielt dort hingehen, wo wir mit Menschen verschiedener Milieus und Schichten ins Gespräch kommen..



Beratungsmarathon der Berliner PDS – hier auf der Basiskonferenz vom 7.12.2002

III. Das neue Programm muss deutlich machen, wer wir sind, was wir in welche Richtung verändern und wie wir dies tun wollen.

IV. Die PDS Lichtenberg trägt nicht nur bezirkliche, sondern auch bundespolitische Verantwortung. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch im Jahr 2006 das Direktmandat gewonnen werden kann. Dafür ist eine aktive Wahlkreisarbeit, das Zusammenwirken aller Ebenen der Partei unverzichtbar.

Wir stehen zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin, auch wenn diese für die PDS äußerst widersprüchlich verläuft. Die Konsolidierung des Berliner Haushalts ist ein notwendiges Ziel, zu dem wir beitragen wollen. Wie aber der Senat diese Aufgabe anpackt, wie die Prioritäten gesetzt und unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden, darüber muss gestritten werden, was voraussetzt, dass die PDS über eigenständige Positionen, Konzepte und Lösungsansätze verfügt und diese offensiv zur Debatte stellt.

Wir unterstützen die Anstrengungen des Landesvorstandes dafür zu sorgen, dass PDS-Politik streitbarer, transparenter ... in der Öffentlichkeit verstehbarer wird. Kommunalpolitik muss das A und O des Wirkens der gesamten Bezirksorganisation werden. Vor allem müssen die Basisorganisationen schneller und regelmäßig darüber informiert werden.

Wir wollen trotz der dramatischen Haushaltsnotlage politisch so entscheiden, dass dies für die Lichtenberger transparent, nachvollziehbar und mehrheitlich annehmbar ist. Das setzt voraus, dass die PDS-Bezirksorganisation mehr als bisher ihren Beitrag zur Vorbereitung und Vermittlung kommunalpolitischer Entscheidungen leistet. Bezirksvorstand und Fraktion sollten stärker als bisher Entscheidungen mit der Mitgliedschaft abstimmen.

Die PDS Lichtenberg ist die mitgliederstärkste Bezirksorganisation. Um diese Stärke besser nutzen zu können, müssen ihre Strukturen effektiver gestaltet werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird die Gewinnung von neuen Mitgliedern sein.

Die PDS Lichtenberg muss ihre Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und qualitativ verbessern. Unsere Zeitung „info links“ soll auf hohem Niveau weitergeführt werden. Dringlich ist die Neugestaltung unserer Internetseite.

Angesichts der vor uns stehenden Programmdebatte und der neuen kommunalpolitischen Herausforderungen benötigen wir eine neue Konzeption für die politische Bildungsarbeit. Dabei geht es um politische, theoretische aber auch sachbezogene Bildungsinhalte für die Mitglieder und Funktionsträger des Bezirksverbandes.

Es ist unser erklärtes Ziel, das Ansehen der PDS im Bezirk wieder zu stärken, Vertrauen bei den Einwohnern zurückzugewinnen und das PDS-Wählerpotenzial deutlich zu erhöhen. Lichtenberg soll eine PDS-Hochburg bleiben.



Buch-Tipp



Weltordner

Nach Beendigung des 1. Golfkrieges sprachen die damaligen Berater von Bush sen. ungeniert davon, dass es um geostrategische und ökonomische Ziele gegangen sei. Gibt es nun gar Parallelen zu den politischen Ereignissen vor und nach dem 11. September? Hat Bush jun., hinter dem die amerikanische Öl-Oligarchie steht, ein vergleichbares Konzept?

Der Politologe Ekkehard Sauer mann geht dieser Frage auf den Grund und fördert aus der Fülle der seither vorliegenden Analysen, Einschätzungen und Beschreibungen nachgerade atemberaubende Einsichten zu den weltpolitischen Hintergründen dieser Terroranschläge zutage. Man muss den Hut ziehen vor der Akribie der Literaturvergleiche, die Sauer mann vornimmt, um eine Bresche der Klarheit zu schlagen in den nach dem 11. September von den entsprechenden Gremien angelegten „Informationsirrgarten“. Fundament seiner Untersuchungen sind dabei – das mag besonders überraschen – ausschließlich veröffentlichte Materialien.

Nach einer Rezension von Reinhard Mocek in „Das Blättchen“ 2002/1

- Ekkehard Sauer mann: „**Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001**“, Atlantik Verlag, Bremen 2002, 379 Seiten, 24,80 €



Eine 100-Tage-Bilanz

Am 24. Januar hatte PDS-Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch zum „Richtfest“ in ihr künftiges Wahlkreisbüro geladen. Neugierig auf das, was die PDS-Parlamentarierin zu sagen hatte und wie sie sich in ihrem Wahlkreis einrichtet, waren nicht nur PDS-Mitglieder. Die Räume in einer ehemaligen Kita in Hohenschönhausen sind gerade erst gemietet, müssen noch renoviert und eingerichtet werden. So erinnerten sie an den „Besenkammer“-Vergleich, mit dem Gesine Lötzsch die den Abgeordneten zugewiesenen Arbeitsräume im Bundestag charakterisiert hatte. Viele freiwillige Helfer wollen das Wahlkreisbüro zu einem linken sozio-kulturellen Treff entwickeln. Gesine Lötzsch legte eine Broschüre vor, die Auskunft über die ersten hundert Tage ihres Bundestagsdaseins gibt. Sie kann über die PDS-Geschäftsstelle oder das Wahlkreisbüro in der Ahrenshooper Straße 5 bezogen werden (→ www.gesine-loetzsch.de).

Da muss ich hin!

- **Dienstag, 4.2., 10 Uhr**
Zur Geschichte Berlins und seiner Ehrenbürger (Folge 3): Heinrich Grüber; Referent: Dr. Norbert Podewin, Moderation: Elfriede Juch, „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 € Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus
- **Sonntag, 15.2.**
Europaweiter Protesttag gegen den Irak-Krieg, 12 Uhr: Auftakt am Rudolf-Breitscheid-Platz und am Alexanderplatz, ab 14 Uhr: Abschlusskundgebung am Reichstag
- **Mittwoch, 19.2., 19 Uhr**
„George W. Bush in der Mitte der Amtszeit – wie weiter in den USA?“, Referent: Prof. Dr. Rolf Sieber, Moderation: Prof. Hans-Joachim Gutjahr Eintritt: 1,50 €, Alt Marzahn 64, 12685 Berlin, Klubkeller
- **Montag, 24.2., 19 Uhr**
Reihe „Politik aktuell“: Krieg zur Rettung der Menschheit? Fragen und Antworten zur neuen Weltlage, Referent: Dr. André Brie (MdEP), „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 €, Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin

Termine

- **Mittwoch, 5.2., 17–18 Uhr**
Sprechstunde der PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Wahlkreis-Büro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin
- **Donnerstag, 6.2., 18 Uhr***
Projektgruppe „Bezirkliche Selbstverwaltung“ beim Landesvorstand der PDS
- **Donnerstag, 13.2., 19 Uhr**
Beratung der Projektgruppe Migrantinnen- und Flüchtlingspolitik, Abgeordnetenhaus (Raum 408A), Niederkirchnerstraße 5
- **Donnerstag, 13.2., 19 Uhr**
Sitzung Landesrat der PDS, Karl-Liebknecht-Haus
- **Sonntag/Sonntag, 22./23.2., 10 Uhr**
3. Tagung des 8. Landesparteitages der Berliner PDS, Veranstaltungsort: CORVUS-GmbH, Herzbergstraße 84
- **Donnerstag, 27.2., 18 Uhr***
Projektgruppe „Bezirkliche Selbstverwaltung“ beim LV der PDS
- **Donnerstag, 6.3., nachmittags***
Auslieferung „info links“

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: PDS-Lichtenberg@t-online.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinngemäß zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 26.1.2003

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 2/2003:
4.2. und 25.2.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 2/03: 25.2.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 6.3.2003.

Druck: Druckerei Paulick
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.